

Thema der Woche

WKÖ: Debatte über Zukunft Europas muss Fokus auf Stärkung der Wirtschaft legen

In Kürze

EU Justiz Scoreboard 2017: Kürzere Zivil- und Handelsgerichtsverfahren
Kommission konsultiert zu Steuern

Neues aus der Kommission

Preis fördert innovative Lösungen im Transportsektor

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Generalanwältin: „Die Tatsache, dass Projekte bereits verwirklicht wurden, spielt für die Durchführung einer nachträglichen UVP keine Rolle“

Neues aus anderen Bereichen

WKÖ bringt Forderungen zum Paket „Clean Energy for all Europeans“ in Brüssel vor
Fortschritte bei laufenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen
Trilogeinigung zu öffentlich-öffentlicher Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum

Statistik der Woche

Jährliche Inflationsrate im Euroraum bzw. EU auf 1,5 bzw. 1,6 Prozent gesunken

Jobs+Jobs+Jobs

Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit sucht

Administrative Assistants

ETF sucht Corporate Performance Measurement Officer

LISA sucht HR Assistant, HR officer, Head of Human Resources and Training Unit

EASO sucht ICT Assistant und Administrative Assistant

Europäische Chemikalienagentur sucht HR Administrative Assistant

Veranstaltungen

Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein

EU-Agenda

EU-Kommission: Voraussichtliche Themen der 2209. Sitzung

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich

Av. de Cortenbergh 30

B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 286 58 80

Internet: wko.at/eu

Redaktion:

Franziska Annerl

E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an: eu@eu.austria.be

WKÖ: Debatte über Zukunft Europas muss Fokus auf Stärkung der Wirtschaft legen

„Der Brexit ist beschlossene Sache. Wichtig ist, rasch Lösungen zu erarbeiten, damit die negativen Auswirkungen auf Unternehmen beider Seiten so klein wie möglich gehalten werden. Genauso wichtig ist, dass die EU ihre internen Hausaufgaben angeht und sich wieder mehr ihrer eigenen, insbesondere der wirtschaftlichen Stärke annimmt. Eine starke Wirtschaft ist unabdingbar für ein starkes und attraktives Europa. Mit theoretischen Debatten über die Zukunft Europas ist es nicht getan. Notwendig sind konkrete Antworten zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Basis“, betonte Markus Stock, Leiter des EU-Büros der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), bei der **Präsentation** der für die österreichische Wirtschaft wichtigen EU-Themen der kommenden Monate am Donnerstag in Brüssel.

Konkreter Handlungsbedarf auf EU-Ebene besteht für die WKÖ z.B. beim Vorhaben der Europäischen Kommission, die **Vorschriften für Arbeitnehmerfreizügigkeit und soziale Sicherheit** zu modernisieren. Das Vorhaben ist grundsätzlich zu begrüßen. Dringender Verbesserungsbedarf besteht jedoch z.B. beim Arbeitslosengeld: Für Arbeitslosenleistungen von Grenzgängern soll zukünftig der Mitgliedstaat der letzten Erwerbstätigkeit zuständig sein. Das kann massive Mehrbelastungen für die österreichische Arbeitslosenversicherung bringen. Kommenden Mittwoch soll der endgültige Text über die **Europäische Säule sozialer Rechte** veröffentlicht werden: Die WKÖ unterstützt die Bestrebungen der Europäischen Kommission, Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsmärkte auch auf nationaler Ebene voranzutreiben. Der Fokus auf europäischer Ebene sollte aber auf der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums liegen, da dies die Voraussetzung für effektive und nachhaltige soziale Systeme ist.

Die geplante befristete **Umkehrung der Steuerschuldnerschaft** (Reverse Charge) in Form eines Pilotprojektes würde das Ziel eines harmonisierten Mehrwertsteuersystems konterkarieren. Rechtsunsicherheit sowie ein beträchtlicher finanzieller und administrativer Mehraufwand für österreichische Unternehmen wären die Folge. Die Vorreiterrolle Europas beim **Klimaschutz** ist für die betroffenen Industrien mit hohen Kosten und folglich mit Wettbewerbsnachteilen verbunden. Die Anstrengungen der europäischen und österreichischen Industrie zur Dekarbonisierung müssen belohnt werden. Die WKÖ fordert daher, den 10 Prozent effizientesten Anlagen 100 Prozent Gratiszertifikate zur Verfügung zu stellen.

Der Vorschlag für eine **Geoblocking-Verordnung** soll zum guten Funktionieren des Binnenmarkts beitragen. Dieses Ziel an sich ist zu begrüßen. Die vorgeschlagene Verordnung ist jedoch nicht das adäquate Mittel, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die beabsichtigten Maßnahmen werden Auswirkungen auf Unternehmen – insbesondere KMU – haben und ihnen Kosten verursachen, die offensichtlich überhaupt nicht analysiert wurden und unter keinen Umständen zu rechtfertigen sind.

Mit dem **Horizont 2020** Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 wurde das bisherige Pilotprojekt zu offenen Forschungsdaten („Open Research Data Pilot“) auf alle thematischen Bereiche des Rahmenprogramms ausgeweitet. Die Wirtschaftskammer Österreich sieht die Ausweitung sowie die Verpflichtung zur Führung von Datenmanagementplänen für alle Teilnehmer sehr kritisch: Diese Maßnahmen stellen ein weiteres Hindernis für die Beteiligung von Unternehmen sowie für Innovation im EU-Forschungsrahmenprogramm dar.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

EU Justiz Scoreboard 2017: Kürzere Zivil- und Handelsgerichtsverfahren

Die Europäische Kommission hat das EU Justiz Scoreboard 2017 veröffentlicht, das einen vergleichenden Überblick zur Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den EU-Mitgliedstaaten gibt. Ziel ist, die nationalen Behörden bei der Verbesserung der Wirksamkeit ihrer Justizsysteme zu unterstützen. Das neue Scoreboard zeigt, dass es kürzere Zivil- und Handelsgerichtsverfahren auch in einer Reihe von Mitgliedstaaten gibt, deren Justizsysteme vor Herausforderungen stehen. Die Verbesserung kommt auch Unternehmen zugute, die damit schneller Klarheit und Planungssicherheit erhalten. Österreich schneidet hier wieder gut ab, diesmal auf dem 4. Platz. Verbesserungspotential sieht der Anzeiger in der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten noch bei der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), z.B. elektronischen Signaturen, die gerade kleineren Unternehmen nützlich sein können, da sie sich damit bürokratischen Aufwand ersparen.

Kommission konsultiert zu Steuern

Die Kommission hat am 11. April eine öffentliche Konsultation zu Harmonisierung und Vereinfachung des allgemeinen Verbrauchsteuersystems gestartet. Dabei sollen möglichen Optionen für die Überarbeitung der Richtlinie 2008/118/EG eingeholt werden. Die Konsultation läuft bis 4. Juli. Am 18. April wurde des Weiteren eine Konsultation über die Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke veröffentlicht, bei welcher Rückmeldungen zur Überarbeitung der Richtlinie 92/83/EWG erwartet werden. Diese kann bis zum 7. Juli beantwortet werden. Beide Initiativen sind Teil der REFIT-Aktivitäten im Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2017.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Preis fördert innovative Lösungen im Transportsektor

Im Rahmen der sogenannten European Transport Innovation Challenge 2017 sind unter anderem europäische KMU aufgerufen, Ideen für innovative Lösungen für einen zukünftig CO2-ärmeren und effizienteren Transportsektor einzureichen. Die Ideen müssen ein neuartiges Produkt oder eine innovative Dienstleistung zum Gegenstand haben, das bzw. die einen Beitrag zum Erreichen der Europäischen Schlüsselziele für Transport, wie bessere Mobilität, besserer Zugang zu Mobilität, weniger Luftverschmutzung bzw. Verkehrsbelastung oder mehr Sicherheit leistet.

Als Preis erwartet die zwölf Gewinner der Challenge eine Reise nach Straßburg zum ITS-Kongress vom 19. bis 21. Juni 2017, einer Expertenkonferenz zum Thema intelligente Transportlösungen. Die Teilnahmebedingungen für die Challenge finden sich online, Bewerbungsfrist ist der 2. Mai 2017.

Ansprechpartner: Martin Schmid



Neues aus dem Gerichtshof der EU

Generalanwältin: „Die Tatsache, dass Projekte bereits verwirklicht wurden, spielt für die Durchführung einer nachträglichen UVP keine Rolle“

Gegenstand der Rechtssachen C-196/16 und C-197/16 sind zwei **Biogasanlagen** mit einer Nennleistung von 999 kW, welche nach Genehmigung durch die Region Marken von den Betreibern **errichtet und in Betrieb genommen** wurden. Eine **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** wurde **vor der Genehmigungserteilung nicht durchgeführt**, da eine solche Prüfung nach dem einschlägigen Recht der Region für Anlagen dieser Größe nicht erforderlich war. Diese Regelung wurde allerdings später durch das italienische Verfassungsgericht für nichtig erklärt, woraufhin **Klagen gegen die Genehmigungen der Biogasanlagen erfolgreich** waren.

Der EuGH wurde im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens gefragt, ob eine zu Unrecht versäumte UVP nachgeholt werden kann, nachdem die betreffende Anlage bereits auf der Grundlage einer später erfolgreich angefochtenen Genehmigung errichtet wurde.

In ihren Schlussanträgen argumentiert **Generalanwältin Kokott**, dass gemäß der UVP-Richtlinie (Artikel 2 Absatz 1) die im Zuge einer UVP sicherzustellende **Beteiligung der Öffentlichkeit vor Erteilung der Genehmigung** zu geschehen hat. Das Übereinkommen von Aarhus (Artikel 6) konkretisierte, dass die erforderliche Öffentlichkeitsbeteiligung **zu einem Zeitpunkt erfolgen muss, zu dem alle Optionen noch offen sind**. Wurde eine Anlage aber bereits errichtet, so seien nach der Auffassung der Generalanwältin in der Regel nicht mehr alle Optionen offen. Aus diesem Grund sowie wegen praktischer Defizite einer nachträglichen Prüfung, sei festzuhalten, dass eine nachträgliche UVP das ursprüngliche Versäumnis einer solchen Prüfung **nicht vollständig heilen** könne.

Auch wenn eine nachträgliche Prüfung das ursprüngliche Versäumnis nicht vollständig heilen könne, sei es nichtsdestotrotz auch im Nachhinein immer noch möglich, viele – je nach Sachlage vielleicht sogar alle – **Umweltauswirkungen des Projekts zu identifizieren**. In diesem Sinne – und dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit entsprechend – müssen die Mitgliedstaaten **dem Versäumnis einer UVP auch im Nachhinein abhelfen**, soweit dies noch möglich ist. Dies erfordere beispielsweise die Rücknahme oder Aussetzung einer bereits erteilten Genehmigung, was in der Regel mit der Anordnung, den Betrieb der jeweiligen Anlage einzustellen, einhergeht.

Sollte sich zeigen, dass das Projekt zwingende rechtliche Anforderungen verletzt, müsse es entsprechend angepasst oder möglicherweise sogar beendet werden. Dass das Projekt bereits verwirklicht wurde, dürfe nach Ansicht der Generalanwältin bei dieser Neubewertung keine maßgebliche Rolle spielen, um jeden Anreiz zu vermeiden, ein Projekt zunächst missbräuchlich ohne Prüfung zu verwirklichen.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass **unter Umständen Schadenersatzansprüche gegen den jeweiligen Mitgliedstaat** gelten gemacht werden können, soweit das Vertrauen des Projektentwicklers auf unionsrechtswidrigen innerstaatlichen Regelungen beruht.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich diese Überlegungen lediglich auf Fälle beziehen, in denen Projekte bereits errichtet wurden, bevor deren Genehmigungsbescheid in Rechtskraft erwachsen ist. Explizit verweisen die Schlussanträge darauf, dass **bei Bestandskraft des Genehmigungsbescheids eine Rücknahme oder Aussetzung der Genehmigung ausgeschlossen** ist. Die Mitgliedstaaten müssen **in diesem Fall dem**

Versäumnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung auf der Stufe der Erteilung einer späteren, mit dem Projekt zusammenhängenden Genehmigung Rechnung tragen.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis



WKÖ bringt Forderungen zum Paket „Clean Energy for all Europeans“ in Brüssel vor

Vergangene Woche unterbreitete die WKÖ ihre Positionen zu den einzelnen Teilen des Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“ den maßgeblich damit befassten Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie österreichischen Journalisten.

Generell unterstützt die WKÖ die **verstärkte Harmonisierung** im Bereich Energiepolitik auf dem Weg zu einer Europäischen Energieunion. Es sind allerdings noch wichtige **Nachbesserungen** bei den Verhandlungen zu den einzelnen Legislativvorschlägen notwendig. Im Zusammenhang mit der **Governance-Verordnung** sah Stephan Schwarzer, Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, kritisch, dass Brüssel dadurch die Möglichkeit erhält, bei der Zielumsetzung in den Mitgliedstaaten mitzuregieren. Wichtig ist der WKÖ auch, dass die Energiepolitik nicht ausschließlich am Klimaschutz ausgerichtet ist. Vielmehr müssen der **Versorgungssicherheit** und der **Wettbewerbsfähigkeit** **große Bedeutung** zugemessen werden.

Es wurde weiters darauf hingewiesen, dass Investitionen in die Energiewende durch rechtliche Hindernisse blockiert werden. Einwendungen, die beispielsweise auf den Naturschutzvorschriften oder den Regeln zum UVP-Verfahren beruhen, werden immer wieder herangezogen, um den Bau von Anlagen zur Erzeugung von sauberer Energie sowie von dringend notwendiger Leitungs- und Speicherprojekten zu verzögern. Auch wenn in diesem Zusammenhang immer wieder (zurecht) betont wird, dass dies in vielen Fällen auf die nationale Umsetzung und Vollziehung des EU-Rechts zurückzuführen ist – Stichwort „Gold-Plating“ – muss auch die **Gesetzgebung auf Unionsebene entsprechende Korrekturen** anbringen.

Das Energiepaket enthält jedoch auch eine Reihe **positiver Ansätze**. Begrüßenswert ist zum Beispiel das Bemühen, die Betriebe als Nachfrager und Anbieter von Energie („**Prosumer**“) besser in das Gesamtsystem zu integrieren, was die Kosten der Energiewende reduziert. Auch der zukünftig verstärkten Europäisierung der **Systeme zur Förderung erneuerbarer Energien** kann die Wirtschaftskammer vieles abgewinnen. Abschließend ist zu betonen, dass das vorliegende Energiepaket die Chance gibt, Barrieren abzubauen und Anreize für Investitionen und Abstimmungen mit dem Stromnetz zu schaffen. Bei allen für die Energiewende relevanten Vorhaben sollte rechtlich anerkannt werden, dass sie im öffentlichen Interesse liegen. Zeit- und kostenaufwändige Prüfverfahren, insbesondere bei der sehr komplexen Abwägung der betroffenen Interessen, müssen deutlich verkürzt werden. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag, um die angestrebte nachhaltige Energieunion mit Leben zu erfüllen.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis

Fortschritte bei laufenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen

Nach dem Treffen zwischen dem japanischen Premier Shinzo Abe, EU-Kommissionspräsident Juncker und Ratspräsident Tusk am 21. März in Brüssel, wo alle Beteiligten ihren Willen, das **EU-Japan Freihandelsabkommen** bis zum Ende des Jahres abzuschließen, bekräftigt haben, fand vom 3.-5. April die 18. Verhandlungsrunde in Tokyo statt. Alle Bereiche des Abkommens wurden behandelt, auch der **Marktzugang für Waren und Dienstleistungen**.

Im Zuge der **Überarbeitung des bestehenden Freihandelsabkommens** aus dem Jahr 2000 fand vom 3.-7. April auch die 3. Verhandlungsrunde zwischen der EU und Mexiko statt. Hier war das Ziel, dass beide Seiten Textvorschläge in allen Bereichen vorlegen und diese zu einem einheitlichen Text machen. Durch die Modernisierung soll der Anwendungsbereich des bestehenden Abkommens unter anderem durch die **Intensivierung des Handels mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen** sowie durch einen verbesserten **Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen** ausgeweitet werden.

Zusätzlich hat die Kommission am 10. April einen **Bericht** zur 27. Verhandlungsrunde für ein **EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommen**, welche vom 20. bis 24. März 2017 in Buenos Aires stattfand, veröffentlicht. Dieses Mal hatte die EU unter anderem Textvorschläge in den Bereichen **Handel und nachhaltige Entwicklung, Transparenz, Zugang zu Energie und Rohstoffen sowie Landwirtschaft** gemacht. Die Verhandlungsparteien haben auch eine **gemeinsame Mitteilung** herausgegeben, in der sie über Fortschritte in allen Bereichen berichten. Im Mai soll eine Zwischenrunde in Buenos Aires erfolgen und im Juli die nächste offizielle Verhandlungsrunde in Brüssel stattfinden.

Die Dokumente zu allen laufenden Verhandlungen werden als Teil der EU-Handels- und Investitionsstrategie **„Handel für alle - hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“** vom Oktober 2015 regelmäßig auf der Homepage der DG TRADE **„Transparency in Action“** online zur Verfügung gestellt.

Die WKÖ ist sich der Bedeutung dieser ehrgeizigen und umfassenden Abkommen bewusst, die nicht nur die notwendigen Rahmenbedingungen für den internationalen Handel schaffen können, sondern vor allem auch für die Stärkung der Rolle der österreichischen sowie der europäischen Wirtschaft von großer Bedeutung sind.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Trilogieeinigung zu öffentlich-öffentlicher Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum

In den Trilogieverhandlungen am vergangenen Dienstag konnte eine **Einigung über den Vorschlag über die Beteiligung der Union an der von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum** (Partnership for Research and Innovation in the Mediterranean Area, PRIMA) erzielt werden.

Für die öffentlich-öffentliche Partnerschaft PRIMA ist ein **finanzieller Beitrag von 200 Millionen Euro aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020** vorgesehen. Ab 2018 sollen im Rahmen des Programms innovative Lösungen in den Bereichen **nachhaltige Wasserversorgung und -bewirtschaftung sowie Nahrungsmittelproduktion** entwickelt werden. Die Initiative basiert auf **Artikel 185 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union**, welcher die Finanzierung europäischer Forschungs- und Entwicklungsprogramme ermöglicht, die gemeinsam von mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Nach derzeitigem

Stand werden sich an der Initiative PRIMA von europäischer Seite die Mitgliedstaaten Deutschland, Zypern, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta und Portugal und seitens der Mittelmeerländer Ägypten, Jordanien, Israel, Libanon, Marokko und Tunesien beteiligen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

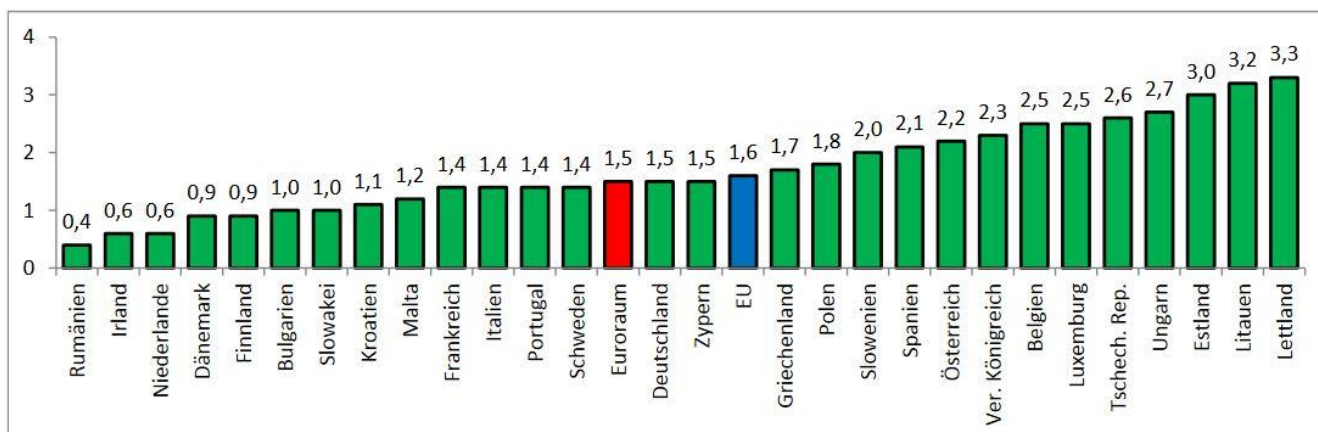


Jährliche Inflationsrate im Euroraum bzw. EU auf 1,5 bzw. 1,6 Prozent gesunken

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag laut Eurostat im März 2017 bei 1,5 Prozent, ein Rückgang gegenüber 2,0 Prozent im Februar. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,0 Prozent betragen. Die jährliche Inflationsrate in der Europäischen Union ist im März 2017 auf 1,6 Prozent gesunken, nach 2,0 Prozent im Februar (März 2016: 0,0 Prozent). In Österreich sank die Inflation in diesem Zeitraum von 2,4 auf 2,2 Prozent (März 2016: 0,7 Prozent). Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in Rumänien (0,4 Prozent), Irland und den Niederlanden (je 0,6 Prozent) gemessen; die höchsten in Lettland (3,3 Prozent), Litauen (3,2 Prozent) und Estland (3,0 Prozent).

Der stärkste **Aufwärtsimpuls** für die jährliche Inflation im Euroraum kam von den Teilindizes Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,48 Prozentpunkte, Pp.), Flüssige Brennstoffe (+0,11 Pp.) sowie Gemüse (+0,08 Pp.), während Telekommunikation und Pauschalreisen (je -0,09 Pp.) sowie Bekleidungsartikel (-0,05 Pp.) am stärksten senkend wirkten.

Jährliche Inflationsraten (%) im März 2017 - in ansteigender Reihenfolge



Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit sucht Administrative Assistants

Die Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) mit Sitz in Den Haag sucht:

Administrative Assistant (Greek National Desk)

Contract Agent - FG II, Reference: 17/EJ/CA/02

Administrative Assistant (French National Desk)

Contract Agent - FG II, Reference: 17/EJ/CA/03

Bewerbungen sind bis zum 5. Mai möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

ETF sucht Corporate Performance Measurement Officer

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) mit Sitz in Turin sucht:

Corporate Performance Measurement Officer

Contract Agent - FG IV, Reference: ETF/REC/17/03

Bewerbungen sind bis zum 2. Mai möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

LISA sucht HR Assistant, HR officer und Head of Human Resources and Training Unit

Die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (LISA) sucht:

HR Assistant

Reference: eu-LISA/17/CA/FGIII/6.1, Bewerbungen sind bis zum 8. Mai 2017 möglich

HR Officer

Reference: eu-LISA/17/CA/FGIV/7.1, Bewerbungen sind bis zum 8. Mai 2017 möglich

Head of Human Resources and Training Unit

Reference: eu-LISA/17/TA/AD9/4.1, Bewerbungen sind bis zum 10. Mai 2017 möglich

Weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EASO sucht ICT Assistant und Administrative Assistant

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

ICT Assistant - Grade AST 4, Reference: EASO/2017/TA/012

Administrative Assistant - Grade AST 3, Reference: EASO/2017/TA/013

Bewerbungen sind bis zum 15. Mai möglich, weitere Informationen sind online abrufbar.

Europäische Chemikalienagentur sucht HR Administrative Assistant

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) mit Sitz in Helsinki sucht:

Contract Agent (M/F) HR Administrative Assistant
Grade FGIII, Reference: ECHA/CA/III/2017/002

Bewerbungen sind bis zum 16. Mai möglich, weitere Informationen sind online abrufbar.

Inhaltsverzeichnis



Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein



Europas Wohlstand von morgen wird maßgeblich von der erfolgreichen Verlinkung kreativer Industrien mit traditionellen Wertschöpfungsketten abhängen, da genau solche Wechselwirkungen den globalen Wettbewerbsvorsprung Europas definieren werden.

Innovation wird maßgeblich durch neue Ideen und Methoden geschaffen – diese sind es, die zu mehr Wachstum führen und neue Arbeitsplätze schaffen, indem sie neue Geschäftsideen aufzeigen und neue Märkte öffnen.

In diesem Prozess steht die **Kreativwirtschaft Austria (KAT)** innovativen Unternehmen zur Seite und stellt sie am 25. April in Brüssel ins Rampenlicht, darunter **Swarovski**, die **Werkstätte Wattens**, „Die Koje“, **Kommunikationsagentur Nicole Herb**, **Cristallo** und **Hartinger Consulting**, die anhand von showcases ihre Ideen vorstellen. Hierzu lädt die **Kreativwirtschaft Austria** unter dem Motto „Creative Industries:

The Next Phase“ in die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union ein, Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel. Die Anmeldung ist online möglich.

Die Kreativwirtschaft Austria nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr – sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international – und ist eingebettet in die Wirtschaftskammer Österreich. Sie setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2209. Sitzung:

Mitteilung Säule sozialer Rechte

Vorschlag Elternkarenz

Binnenmarktpaket (Single Market Information Tool, SOLVIT)

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

24.-25. April **Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Finanztechnologie: Einfluss der Technologie auf die Zukunft des Finanzsektors

Öffentliche Anhörung zur Aktualisierung der CRR, der CRD, der BRRD und der SRMR: das neue Paket zum Bankenrecht

24.-25. April **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt

Aussprache mit Andrus ANSIP, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für den digitalen Binnenmarkt

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Inhaltsverzeichnis

Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen

- Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme

Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmer

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation

- Prüfung der Änderungsanträge

Aussprache mit Elżbieta Bienkowska, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Aussprache mit Věra Jourová, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung

24.-25. April

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse ITRE und IMCO zu dem Thema „Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt: Chancen und Herausforderungen für Europa“

Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen

Risikovorsorge im Elektrizitätssektor

Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden

Rückmeldung von Verhandlungen (SoS-Verordnung/Buzek und PRIMA/Sakorafa)

Energieeffizienzkennezeichnung

Förderung der Internetanbindung in Kommunen

Digitalisierung der europäischen Industrie

Internetanbindung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt: Europäische Gigabit-Gesellschaft und 5G

Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 im Hinblick auf seine Zwischenbewertung und den Vorschlag für das Neunte Rahmenprogramm

Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)

Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)

Inhaltsverzeichnis

24.-25. April	Ausschuss für regionale Entwicklung
	Vorstellung des Arbeitsdokuments der Kommissionsdienststellen über den Mehrwert von Ex-ante-Konditionalitäten bei den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (SWD(2017)0127)
	Aussprache über den Brexit und Kohäsionspolitik
24.-25. April	Haushaltsausschuss
	Anhörung zur Finanzierung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds und deren Verknüpfung mit anderen Investitionsfonds
24.-25. April	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
	Vorschriften für die Bereitstellung von Düngeprodukten mit CE-Kennzeichnung auf dem Markt
	Europäische Strategie für emissionsarme Mobilität
24.-25. April	Entwicklungsausschuss
	Auswirkungen des internationalen Handels und der Handelspolitik der EU auf globale Wertschöpfungsketten
	Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds
	Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen
24.-25. April	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)
	Aussprache mit Iliana Ivanova über den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen
25. April	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
	Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau im Privatsektor und im öffentlichen Sektor in der EU
25. April	Ausschuss für Kultur und Bildung
	Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten
	· Annahme des Entwurfs eines Berichts

Inhaltsverzeichnis

Mehrwertsteuersätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften

Akademische Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

26. April

Programm zur Unterstützung von Strukturreformen für den Zeitraum 2017-2020

Gemeinsame Aussprache - Entlastung 2015 (52 Berichte)

EU-Leitinitiative für die Bekleidungsbranche

27. April

Gemeinsame Aussprache - Jahresberichte der EIB

Übereinkommen von Minamata über Quecksilber

Hybride Gestaltungen mit Drittländern

Unionsprogramm zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung

EU-Leitinitiative für die Bekleidungsbranche

Jahresbericht über die Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank

Tagungen des Rates

25. April

Allgemeine Angelegenheiten

Die Kohäsionspolitik unseren Bürgerinnen und Bürgern näherbringen

Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

24. April **Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-320/16 Uber France**

Smartphone-App „Uber Pop“

In einem Strafverfahren vor dem Tribunal de Grande Instance de Lille (Frankreich) wird Uber France unter anderem vorgeworfen, mit ihrer Smartphone-App „Uber Pop“ gegen das französische Verkehrsgesetzbuch verstoßen zu haben. Danach ist die Organisation eines Systems der Zusammenführung von Kunden mit Personen, die entgeltliche Personenbeförderung anbieten, verboten, sofern es sich nicht um Taxis oder andere zugelassene Beförderungsmittel handelt. Uber habe aber mit seiner App die Zusammenführung von Kraftfahrern, die nicht in Besitz der besonderen Taxigenehmigung seien, mit potenziellen Fahrgästen ermöglicht. Uber hält dem entgegen, dass ihr elektronisches System nur darauf abziele, Privatleute zusammenzuführen, die sich eine gemeinsame Fahrstrecke teilen wollten. Es handele sich um eine unentgeltliche „Mitfahrgelegenheit“, der einzige entgeltliche Charakter bestehe in der Übernahme der dem Fahrer entstandenen Kosten durch die beförderte Person. Diese Tätigkeit falle somit nicht in den Anwendungsbereich der streitigen Vorschrift des Verkehrsgesetzbuchs. Außerdem könne ihr diese Vorschrift nicht entgegengehalten werden. Es handele sich nämlich um eine „technische Vorschrift“, die unmittelbar eine „Dienstleistung der Informationsgesellschaft“ im Sinne der Richtlinie 98/34 betreffe und daher vor ihrer Einführung der EU-Kommission hätte mitgeteilt werden müssen. Das Tribunal de grande instance möchte nun vom Gerichtshof wissen, ob dem so ist, oder ob die Vorschrift dem Bereich Verkehr zuzuordnen ist, der vom Anwendungsbereich der Dienstleistungs-Richtlinie 2006/123 ausgenommen ist. Heute findet die mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer des Gerichtshofs statt.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

26. April **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-527/15 Stichting Brein**

Streaming von Filmen ohne Zustimmung der Rechtsinhaber

Herr Wullems bot u.a. über seine eigene Website www.filmspeler.nl einen multimedialen Medienabspieler namens „filmspeler“ an, der das Streamen von Filmen und anderen digitalen Inhalten des Internets ermöglicht. Dafür installierte er auf dem Medienspieler u.a. Add-ons, d.h. einzelne Softwaredateien, die von Dritten erstellt wurden und im Internet frei zugänglich sind. In diesen Add-ons befinden sich Hyperlinks, die bei Anklicken auf Streamingseiten weiterleiten, die von Dritten betrieben werden und auf denen unentgeltlich Filme, Fernsehserien und (Live) Sportwettkämpfe zugänglich gemacht werden, teilweise ohne Zustimmung der Rechtsinhaber. Die niederländische Stiftung Brein, die sich dem Urheberrechtsschutz widmet, hat Herrn Wullems vor einem niederländischen Gericht auf Unterlassung

verklagt. Streitig ist insbesondere, ob der Verkauf des Medienabspielers als „öffentliche Wiedergabe“ im Sinne der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29 angesehen werden kann, die grundsätzlich dem Rechtsinhaber vorbehalten ist. Außerdem ist Streitig, ob das Streamen digitaler Inhalte auch ohne Zustimmung des Rechtsinhabers als „rechtmäßige Nutzung“ im Sinne der Richtlinie anzusehen ist. Vor diesem Hintergrund ersucht das niederländische Gericht den Gerichtshof um Auslegung der Richtlinie.

[Weitere Informationen](#)

26. April

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-142/16 Kommission / Deutschland

Kühlwasserentnahme aus der Elbe für das Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg

Nach Ansicht der Kommission hat die Stadt Hamburg die Errichtung des Steinkohle-Kraftwerks Moorburg wasserrechtlich erlaubt - und damit dessen Durchlaufkühlung mit Wasser aus der Elbe erlaubt, ohne die Vorgaben der Habitat-Richtlinie 92/43 zu beachten. Die der Erlaubnis zugrunde liegende Naturverträglichkeitsprüfung sei nämlich inkorrekt bzw. unvollständig. Zwar sei die Gefahr erkannt worden, dass die Kühlwasserentnahme die Elbe hinaufwandernde Fische töte und so stromaufwärtsgelegene Natura-2000-Gebiete, deren Erhaltungsziele die entsprechenden Arten umfassten, erheblich beeinträchtige. Im Ergebnis habe man eine erhebliche Beeinträchtigung dieser Schutzgebiete jedoch verneint, weil eine zwischen dem Kraftwerk und den Schutzgebieten errichtete Fischaufstiegsanlage als „Schadensbegrenzungsmaßnahme“ eingestuft worden sei. Tatsächlich handele es sich aber allenfalls um eine „Ausgleichsmaßnahme“. Auch fehle in der Verträglichkeitsprüfung die Untersuchung möglicher kumulativer Auswirkungen bestimmter bestehender und beantragter Kraftwerke stromaufwärts von Moorburg (siehe auch Pressemitteilung der Kommission IP/15/4669). Die Kommission hat daher eine Vertragsverletzungsklage gegen Deutschland vor dem Gerichtshof erhoben. Ohne Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

27. April

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-168/16 Nogueira u.a. / Crewlink Ltd und C-169/16 Moreno Osacar / Ryanair Ltd

Gerichtliche Zuständigkeit für Klagen von Ryanair-Bordpersonal

Eine Reihe von früheren Mitgliedern des Bordpersonals von Ryanair klagten vor belgischen Gerichten gegen Ryanair bzw. das ebenfalls irische Unternehmen Crewlink, das einige von ihnen eingestellt und an Ryanair abgeordnet hatte, auf Zahlung verschiedener Beträge, u.a. wegen nachträglicher Gehaltsanpassung. Ihre Heimatbasis war der Flughafen Charleroi (Belgien), von wo aus sie morgens ihren Dienst auf innereuropäischen Flügen antraten und wo sie ihn abends beendeten. Die Arbeitsverträge sahen vor, dass das Gehalt auf ein irisches Bankkonto überwiesen werde, irisches Recht anwendbar sei und die irischen Gerichte für

Rechtsstreitigkeiten zuständig seien. Das Arbeitsgericht Charleroi erklärte sich für unzuständig und wies die Klagen daher ab. Dagegen legten die Arbeitnehmer ein Rechtsmittel beim Arbeitsgerichtshof Mons (Belgien) ein, der vor diesem Hintergrund den EuGH um Auslegung der Verordnung Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit ersucht. Diese Verordnung sieht vor, dass der Arbeitgeber u.a. an dem Ort verklagt werden kann, an dem der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet. Der Arbeitsgerichtshof möchte wissen, ob dieser Ort in einem Fall wie dem vorliegenden mit der Heimatbasis gleichgesetzt werden kann, weil dorthin die engste Verbindung bestehe und für den Arbeitnehmer als schwächere Vertragspartei der angemessenste Schutz gewährleistet sei. Generalanwalt Saugmandsgaard Øe legt heute seine Schlussanträge vor.

[Weitere Informationen C-168/16](#)

[Weitere Informationen C-169/16](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

[Public consultation on the conflict of laws rules for third party effects of transactions in securities and claims](#)

[07.04.2017 - 30.06.2017](#)

Beschäftigung und Soziales

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

[05.04.2017 - 05.07.2017](#)

Besteuerung

[Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer](#)

[02.03.2017 - 31.05.2017](#)

Bildung

[Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen](#)

[28.02.2017 - 31.05.2017](#)

Binnenmarkt

[EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen](#)

[01.03.2017 - 31.05.2017](#)

Energie

[Consultation on the list of proposed projects of common interest in energy infrastructure - Additional projects in oil and smart grids](#)

[03.04.2017 - 26.06.2017](#)

Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur
27.03.2017 - 26.06.2017

Entwicklung

Öffentliche Konsultation über die Außenfinanzierungsinstrumente der Europäischen Union
07.02.2017 - 03.05.2017

Finanzdienstleistungen

Public consultation on the operations of the European Supervisory Authorities
21.03.2017 - 16.05.2017

Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector
23.03.2017 - 15.06.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen - Bewertung von Öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (Artikel 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 - 30.04.2017

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln
01.03.2017 - 24.05.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission
27.01.2017 - 28.04.2017

Steuern

Public consultation on the structures of excise duties applied to alcohol and alcoholic beverages
18.04.2017 - 17.07.2017

Öffentliche Konsultation über das allgemeine Verbrauchsteuersystem - Harmonisierung und Vereinfachung
11.04.2017 - 04.07.2017

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 - 31.05.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
03.03.2017 - 29.05.2017

Verbraucherschutz

Konsultation zur Bewertung der Verordnung 258/2012 über die Regelung und Genehmigung der Aus-, Ein- und Durchfuhr von Feuerwaffen sowie deren Teilen und Komponenten
01.03.2017. - 24.05.2017

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 - 23.04.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation - Bewertung des Europäischen Zollinventars chemischer Substanzen (ECICS)
14.03.2017 - 06.06.2017

Inhaltsverzeichnis